

Rede
Nr. 050/2026
Kiel, 25.02.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Wir fordern eine evidenzbasierte Drogenpolitik

„Niemand weiß, welche Stoffe wo und in welchem Umfang konsumiert werden - diesen Blindflug müssen wir beenden und Prävention effektiver machen!“

Christian Dirschauer zu TOP 17 - Sucht- und Drogenprävention strategisch und datenbasiert weiterentwickeln
Drs. 20/4089

Die Suchthilfe bei uns im Land ist bekanntlich dezentral organisiert. Wer Hilfe oder Unterstützung braucht, findet sie also vor allem in lokalen Suchtberatungsstellen oder Fachdiensten auf kommunaler Ebene und bei freien Trägern wie Diakonie oder Caritas. Unser Antrag zielt weniger auf diese Strukturen, sondern auf die übergeordnete Ebene. Aber gerade aus diesem Grund will ich eins ganz deutlich sagen: Die vor Ort geleistete Arbeit und die konkrete Hilfestellung für Suchtkranke und ihre Angehörigen ist für von unschätzbarem Wert. Und deshalb will ich allen, die hier Tag für Tag aktiv sind, meinen aufrichtigen Dank aussprechen!

Wir haben es in der Antragsbegründung vorangestellt: Die Sicherstellung einer effektiven Sucht- und Drogenprävention ist eine wichtige gesundheitspolitische Aufgabe. Und sie ist leider auch weiterhin hochaktuell: Denn Sowohl stoffgebundene Abhängigkeiten wie stoffungebundene Verhaltenssüchte sind weit verbreitet und die Zahl der Betroffenen nimmt mitunter sogar zu. Der Konsum legaler oder illegaler Drogen oder

beispielsweise die krankhafte Nutzung sozialer Medien sind aber nicht nur für die Betroffenen und ihre Familien ein ernstes Problem, sondern für die Gesellschaft als Ganzes. Denn hiermit sind oft erhebliche soziale Schäden und hohe Folgekosten verbunden. Vor diesem Hintergrund ist für uns vom SSW eins völlig klar: Der Verweis auf die formale Zuständigkeit der Kommunen greift zu kurz. Gerade mit Blick auf den Präventionsaspekt in der Sucht- und Drogenpolitik sollte das Land seine Spielräume dringend stärker nutzen.

Egal ob auf Bundes- oder Landesebene: Maßnahmen der Sucht- und Drogenprävention müssen zwingend dauerhaft gestärkt werden. Das habe ich mir nicht im stillen Kämmerlein überlegt, sondern ist Konsens unter nationalen wie internationalen Experten in diesem Feld. Wenn wir uns zum Beispiel den aktuellen REITOX-Jahresbericht der Deutschen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht anschauen, wird eins sehr deutlich: Allein der Konsum illegaler Drogen ist und bleibt in Deutschland auf einem hohen Niveau. Gleichzeitig deutet derzeit vieles darauf hin, dass beispielsweise der Konsum von Kokain steigt. Und zumindest in größeren Städten wie Kiel sehen wir schon seit längerem, wie sich Crack in offenen Drogenszenen ausbreitet. Eine Entwicklung, die nicht selten dramatische soziale Folgen und eine Verelendung vieler Konsumierender mit sich bringt.

Aus meiner Sicht reicht es nicht, wenn das Land Entwicklungen wie diese nur zur Kenntnis nimmt und im Zweifel auf Bund oder Kommunen zeigt. Sicher: Kampagnen zu Alkohol- oder Tabakkonsum bleiben wichtig. Und auch Ansätze wie der „Grüne Koffer“ sind sinnvolle Maßnahmen der Cannabis-Prävention in Schulen. Aber gerade, wenn es um die Gewinnung landesweit vergleichbarer und belastbarer Daten geht, können und müssen wir mehr tun. Ich habe in dieser Wahlperiode mehrere kleine Anfragen zu Präventionsangeboten und zur Verbreitung unterschiedlicher Substanzen gestellt. Aber die Antworten fallen mehr als mau aus: Aussagekräftige Daten liegen nicht nur nicht vor, sondern sollen auch perspektivisch nicht erhoben werden. Und verantwortlich sind im Zweifel die Kommunen. Ich finde, das kann man durchaus als drogenpolitischen Blindflug bezeichnen.

Deshalb fordern wir eine evidenzbasierte Drogenpolitik. Und die benötigt eine belastbare Datenbasis. Mit dem Instrument der Abwasseranalyse schlagen wir eine sehr wirkungsvolle Maßnahme vor, die sich unter anderem in internationalen Forschungsprojekten längst bewährt. Vor allem wiederholte Messungen über einen längeren Zeitraum ermöglichen objektive Rückschlüsse auf Drogen-Trends. Außerdem liefern solche Screenings wertvolle Erkenntnisse zu Konsum und Verbreitung legaler und illegaler Drogen. Und genau dieses Wissen darüber, was wo und in welchem Umfang konsumiert wird, brauchen wir, um wirklich effektiv über Risiken aufzuklären und zielgerichtet Prävention zu betreiben. Noch dazu müssen wir diese und weitere Daten zusammenführen, um zu einer realistischen

Gesamteinschätzung der aktuellen Lage zu kommen. Vom Konsum über gesundheitliche Schäden bis hin zu Drogentodesfällen und Schwarzmarktentwicklungen. Hier hat Schleswig-Holstein eine klare Aufgabe.

Natürlich steht hier bald die nächste Wahl an. Aber eine strategische und zeitgemäße Ausrichtung der Sucht- und Drogenprävention wird dadurch nicht weniger wichtig. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Weiterentwicklung der Landespräventionsstrategie bieten sich Chancen. Und zwar auf eine moderne Sucht- und Drogenpolitik, die den Grundsätzen von Prävention, Gesundheitsschutz und Schadensminimierung folgt. Ich bleibe da optimistisch und hoffe auch mit Blick auf konkrete Ansätze wie dem Drug-Checking oder Drogenkonsumräumen, dass wir diese gemeinsam weiterentwickeln können.